



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Armuts- und Reichtumsbericht für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Armutsgefährdung in Bayern stärker in den Blick zu nehmen und zeitnah einen umfassenden Armuts- und Reichtumsbericht für Bayern zu erstellen und zu veröffentlichen, der künftig regelmäßig fortgeschrieben wird.

Der Bericht soll analog dem Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung folgende Schwerpunkte umfassen:

- Daten und Analysen zur materiellen Armut sowie deren Auswirkungen auf die Lebenslagen finanziell schwächerer Menschen in Bayern
- Vermögensverteilung und Reichtum mit besonderem Fokus auf die soziale Ungleichheit
- besonders betroffene Gruppen wie Arbeitslose, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinderung
- Erwerbsarmut und die Situation von Niedriglohnbeschäftigten und Teilzeiterwerbstätigen
- Wohnsituation und Mietbelastungsquoten verschiedener Einkommensgruppen
- geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede und deren Entwicklung
- Nichtinanspruchnahme von Mindestsicherungsleistungen und deren Ursachen
- Beteiligungsprozess unter direkter Einbeziehung von Menschen mit Armutserfahrung in die Berichterstellung
- soziale Herausforderungen im Kontext von Klimawandel und Dekarbonisierung
- konkrete Handlungsempfehlungen und Maßnahmenprogramme zur wirksamen Armutsbekämpfung

Begründung:

Der am 3. Dezember 2025 vom Bundeskabinett beschlossene Siebte Armuts- und Reichtumsbericht zeichnet ein alarmierendes Bild: Die Armutsquote liegt bundesweit seit Jahren zwischen 14 und 18 Prozent, Aufstiege aus Armut erfolgen selten. Besonders betroffen sind Arbeitslose (68,1 Prozent Armutsquote), aber auch Erwerbstätigkeit schützt nicht zuverlässig vor Armut (9 Prozent). Jeder sechste Job ist ein Niedriglohnjob.

Die Krisen der letzten Jahre haben die Situation verschärft: 32 Prozent der Haushalte mit niedrigem Einkommen mussten auf Ersparnisse zurückgreifen, mindestens ein Drittel aller Haushalte den Lebensmittelkonsum einschränken. Fast jeder achte Haushalt wendet mehr als 40 Prozent des Einkommens fürs Wohnen auf, bei Menschen in Armut mehr als jeder dritte.

Die Vermögensungleichheit ist extrem: Das reichste Zehntel verfügt über 54 Prozent des Nettovermögens, die untere Hälfte der Bevölkerung nur über 3 Prozent. Frauen verdienen ab Mitte 30 durchschnittlich 20.000 Euro weniger pro Jahr als Männer. Der Bundesbericht warnt: Soziale Ungleichheit gefährdet Demokratie und Zusammenhalt.

Auch Bayern, trotz seiner wirtschaftlich günstigen Position, bleibt von diesen Entwicklungen nicht verschont. Der bisherige „Bericht zur sozialen Lage in Bayern“ verschleierte jedoch wichtige Armutsindikatoren, erscheint zu selten und mit veralteten Daten und enthält keine systematische Reichtumsanalyse oder konkrete Handlungsempfehlungen.

Der Paritätische Gesamtverband mahnt: „Armut ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen.“ Bayern benötigt daher dringend einen umfassenden, regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht mit aktuellen Daten, der Armut und Reichtum gleichermaßen analysiert, Menschen mit Armutserfahrung einbezieht und als Grundlage für wirksame politische Maßnahmen dient.

Der Aufbau soll sich am Siebten Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes sowie an Länderberichten wie dem aus Bremen orientieren.